

Streitzeit

**GERECHTIGKEIT IST ETWAS ANDERES –
WIR BRAUCHEN EINEN KURSWECHSEL!**

**DEUTSCHLAND
IN SCHIEFLAGE**

■ Doppelpass Richtung Armut

Das Bundesverfassungsgericht hat die Bundesregierung aufgefordert, die Hartz-IV-Sätze nachvollziehbar und transparent zu gestalten. Leitsatz ist dabei, dass jeder Hilfebedürftige die materiellen Voraussetzungen erhält, die „für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind“.

Hartz IV: 5 Euro mehr

Schwarz-Gelb hat gerechnet und will den Hartz-IV-Regelsatz für Erwachsene um 5 € auf 364 € pro Monat erhöhen. Kinder hätten sogar einige Euro weniger pro Monat erhalten sollen, genießen aber „Bestandschutz“. Grotesk, das als sozialpolitischen Erfolg zu feiern.

Die Bundesregierung weist aus, wie sich die Aufwendungen für Hartz-IV-Empfänger zusammensetzen. Pro Monat kann ein Langzeitarbeitsloser im Schnitt ausgeben: für Nahrungsmittel und Getränke 128,46 €, für Bekleidung und Schuhe 30,40 €, für Haushaltsgeräte und Innenausstattung 27,41 €, für Gesundheit 15,55 € (Medikamente, Praxisgebühr), für Beherbergungs- und Gaststättenleistungen 7,16 €, für Bildung 0,98 €.

Lohnabstand und Hartz IV

Die bayerische Arbeitsministerin Haderthauer unterstützt diese „Erhöhung“ für Hartz-IV-

Empfänger mit dem Argument des Lohnabstands: „Schauen Sie sich mal an, wie schwer es die Leute im Niedriglohnbereich haben.“ Wohl wahr, dass der Niedriglohnbereich kaum Luft zum Atmen lässt. Das Argument allerdings ist perfide: Denn die Politik selbst hat den Niedriglohnsektor geschaffen und schaut nun zu, wie sich die Lohnspirale nach unten dreht.

Seit 1998 wächst der Niedriglohnsektor kontinuierlich an. In 10 Jahren sind 2,3 Mio Geringverdiener dazu gekommen. 2008 arbeiteten mehr als 6,5 Mio Menschen für Niedriglöhne – 18% aller Beschäftigten. Und dieser Wildwuchs wird nicht reguliert. Einen gesetzlichen Mindestlohn, in fast allen EU-Ländern üblich, lehnen CDU, FDP und CSU ab. Also: Erst sorgt die Politik durch die Weigerung zur Einführung eines

Mindestlohnes für die ständige Ausweitung von Niedriglöhnen. Dann nimmt sie diese Mini-Einkommen als Grundlage für die Berechnung von Hartz IV. So werden Beschäftigte und Arbeitslose per Doppelpass Richtung Armut geschossen.

Arbeitsmarktpolitik gekürzt

Die Bundeskanzlerin will für Hartz-IV-Bezieher Integration in Arbeit vor die Unterstützungsleistungen setzen und sagt: „Vor allem wollen wir doch den Beziehern wieder zu Arbeit und zu größerer Selbständigkeit verhelfen.“ Das ist nur Wortgeklingel: Die Bundesregierung will mit ihrem Sparpaket in der Arbeitsmarktpolitik 4,4 Mrd € in 2011 einsparen. Die Eingliederungsleistungen für langzeitarbeitslose Hartz-IV-Empfänger werden um 1,3 Mrd € (-19,7%) von 6,6 Mrd € im Jahr 2010 auf

5,3 Mrd € für 2011 gekürzt. Schon jetzt ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen in Deutschland höher als im OECD-Schnitt (s. Grafik).

Das ist das Fazit: Die Hartz-IV-Empfänger werden weiter abgekoppelt, materiell zu Bittstellern gemacht und ihre Integration in Arbeit erschwert. Zeit, dagegen im Herbst Flagge zu zeigen!

Deutsche länger arbeitslos

Anteil der länger Arbeitslosen an allen Arbeitslosen (in Prozent)

■ Deutschland ■ OECD-Durchschnitt

länger als 6 Monate arbeitslos



länger als 1 Jahr arbeitslos



Quelle: OECD

© DGB eimblick 13/10



■ Heimat Sozialstaat

Heribert Prantl, Ressortchef Innenpolitik bei der „Süddeutschen Zeitung“, hat in einem Kommentar für die SZ-Online-Ausgabe deutlich Stellung bezogen:

„Die schwarz-gelbe Hartz-IV-Politik ist Ausgrenzungspolitik, nicht nur der fünf Euro wegen, sondern wegen der Art und Weise, wie man mit den Armen umgeht. Man tut so, als handle es sich um Kuckucke, die sich im Nest des Sozialstaats breitmachen und nur den Schnabel aufreißen. So werden Schicksale verhöhnt. (...)“

Ein starker Staat ist ein Staat, der Heimat ist auch für die, die nicht mit dem silbernen Löffel auf die Welt gekommen sind; der Heimat ist für die, denen es dreckig geht, weil sie arbeitslos sind. Ein solcher Staat heißt Sozialstaat. Er sorgt dafür, dass Deutschland Heimat bleibt für alle Altbürger und Heimat wird für alle Neubürger, er ist Schicksalskorrektor für die Kinder, die in schlechten Verhältnissen geboren sind. Das nennt man Integration, und das ist das Gegenteil von Ausgrenzung. Integration ist alles, was Heimat schafft. Die Hartz-IV-Politik der schwarz-gelben Koalition macht das Gegenteil. Sie schafft Heimatvertriebene.“

ViSdP Timo Günther
DGB-Bezirk Bayern
Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 089-51 700-210
Telefax: 089-51 700-211
E-Mail: bayern@dgb.de
Homepage: www.bayern.dgb.de